

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. B. K. in Posen.

Verantwortlicher Redakteur:
J. Hoffmann
in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. B. K. in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Hoffmann
in Posen.

Nr. 319

Montag, 8. Mai.

1893

Deutscher Reichstag.

91. Sitzung vom 6. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Zunächst findet die namentliche Abstimmung über die Wahl des Abg. v. Reden (natl., 9. Hannover) statt, deren Ungültigkeitserklärung die Kommission beantragt. Das Haus beschließt nach dem Antrage der Kommission mit 188 (Freisinnige, Sozialdemokraten, Volkspartei und das Gros des Centrums) gegen 167 Stimmen.

Es folgt die zweite Beratung der Militärpensions-Novelle.

Berichterstatter Abg. Sahn (dl.): Ich knüpfe einfach an den Kommissionsbericht an und hoffe, daß der Reichstag durch eine mündige Zustimmung zu diesem Gesetz die Erwartungen Tausender, die sich daran knüpfen, erfüllt. (Beifall.)

Staatssekretär Hr. v. Maltzahn: Schon in der Kommission habe ich erklärt, daß der Bundesrat sich angefangen der Beschlüsse der Kommission, die weiter gehen als die Regierungsvorlage, seine Entschlüsse vorbehalten muß. Ich kann diese Erklärung hier nur wiederholen.

Abg. Sahn (dl.): Diese Erklärung ist auch schon in der Kommission abgegeben worden. Trotzdem hat sie ihren Beschluß gefaßt. Ich bitte daher, das Gesetz nach dem Kommissionsbeschluß anzunehmen.

Abg. Fritzen-Düsseldorf (Ztr.): Ich bitte, trotz der Erklärung des Staatssekretärs, den Gesetzentwurf en bloc anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Das Gesetz wird darauf einstimmig en bloc angenommen.

Auf Vorschlag des Abg. Frhr. v. Suene (Ztr.) wird sofort in die dritte Lesung eingetreten und auch in dieser der Gesetzentwurf ohne Debatte en bloc angenommen.

Rumnehr wird die zweite Beratung der Militärvorlage fortgesetzt.

Abg. Wipper (bei keiner Fraktion) begründet unter großer Unruhe des Hauses sein Amendement zu dem Antrag Suene, das sich von letzterem wesentlich dadurch unterscheidet, daß nach Ablauf des zehnjährigen Dienstes die zweijährige Dienstzeit verfassungsmäßig festgelegt werde.

Abg. v. Hellendorff (dl.): Ich werde für den Antrag Suene stimmen, obgleich ich lieber der Regierungsvorlage zugestimmt hätte. Herr Richter hatte eine Berücksichtigung der Voten gegenüber den Sachverständigen verlangt, diese Berücksichtigung ist erfolgt, und ich habe den Eindruck, daß die Vorlage die Prüfung, das Rigorismus, das mit ihr in der Kommission vorgenommen wurde, glänzend überstanden hat. (Sehr richtig! rechts.) Es ist kaum in einem Punkte gelungen, Zweifel gegen die Begründung der Vorlage vorzubringen. Ich nehme keinen Anstand, ausdrücklich zu erklären, wir sind froh, daß in dieser Situation an der Spitze des Reiches ein so sachverständiger Reichskanzler steht. Die Vorlage ist das abgeklärte Resultat einer langen Entwicklung. Wir haben bis zur Zeit vielfach mit Provisorien gewirtschaftet. Die Vorlage von 1887 hat ein ungeheures Aussehen gehabt; aber das machte sich nur auf dem Papier so. In Folge der raschen Erfolge der preussischen Kriegsmacht hatte Europa das preussische Militärsystem angenommen. Daher ist es unsere Aufgabe jetzt, unser System zu vervollkommen bis zu dem Maße, was wir überhaupt leisten können. Es handelt sich hier um eine Reorganisation wie 1862, mit der diese Vorlage auch einige Ähnlichkeit hat. Denn wie damals handelt es sich nicht um zwei- oder dreijährige Dienstzeit, sondern um eine Verstärkung der Militärkraft. Diese Vorlage verschafft uns einen Vorsprung vor Frankreich, und wir müssen diesen haben. Denn wer von uns zweifelt im Grunde am Bestehen einer ersten Gefahr? Wir stehen einem Kriege am Westen gegenüber und, wenn in Rußland das neue Gewehr fertig ist, auch einer Mobilmachung und einem Aufmarsch im Osten. Starrsinn kann man der Regierung nicht vorwerfen. Wenn sie selbst vor der Auflösung des Reichstags und vor deren Konsequenzen nicht zurückdreht, so thut sie weiter nichts als ihre Pflicht und Schuldigkeit. Ich bin im Gegensatz zum Abg. Lieber des guten Glaubens, daß schließlich im deutschen Volke der preussische Staatsgedanke auch im Reiche besser verstanden wird als Herr Lieber meint. Dem Vorgehen Preußens ist es überhaupt zu verdanken, daß wir ein deutsches Reich haben. (Beifall rechts.) Man mag ja in diesem preussischen Staatsgedanken manche unliebsame Eigenschaft sehen (Abg. v. Bollmar [S.-D.]: Sehr richtig!), aber der Kern dieses Vorgehens liegt in der Unterordnung unter das gemeinsame Interesse, der wir die Entstehung des deutschen Reiches verdanken. Die konservative Partei hält diesen Gedanken hoch; denn ihre Geschichte hängt eng zusammen mit ihrer Stellung zu Wehrfragen. Wenn ihre Gegner von ihr sprechen, so reden sie von Aristokratie, von dem verhakten Junkertum. Aber dieses hat eine alte Geschichte hinter sich von der Zeit an, wo das Wendenland kolonisiert wurde bis zu der Zeit, wo die Hohenzollern ihre eiserne Hand auf die Mark legten. Die Aristokraten haben heute ihre Aufgabe nicht mehr in dem Diensten mit dem bloßen Schwerte, sondern in jedem Dienst für große vaterländische Zwecke. Der preussische Partikularismus unterscheidet sich von dem der übrigen deutschen Länder dadurch, daß er in das Reich aufgeht. Abg. Lieber hat sich darüber beklagt, daß der Reichskanzler seine Waffenschmied-Ausführungen ins schlechteste Bismarckisch überlegt hat. Was heißt denn das? Bismarck ist die Verkörperung des deutschen Reiches. (Lebhafter Beifall rechts.) In diesem Sinne, echt Bismarckisch, hat auch der Reichskanzler bei der Militärvorlage gesprochen, und dieses Bismarckisch wird in Süddeutschland verstanden werden. (Unruhe links und im Centrum. Abg. v. Bollmar: fällt uns gar nicht ein.) Bezüglich des Bismarckischen Reben möchte ich sagen: Dank, Lieber, daß Du mich das gelehrt! Interessant waren die Ausführungen des eifrigen Abg. Winterer. Die Nachrichten aus Paris sind in dieser Beziehung doch von Werth. Dort hat Jubel darüber geherrscht, daß diese Militärvorlage gefährdet sei und es wurde gesagt, den Eisenstein, welche dagegen stimmten, gehöre der Dank der französischen Nation. (Lebhaftes Hört! Hört!)

rechts.) Gewiß sind wir mit unserer Abstimmung unserm Gewissen und unsern Wählern verantwortlich, aber eins ist dabei vergessen, daß wir mit unserer Abstimmung auch dem deutschen Volke verantwortlich sind. (Sehr richtig! rechts.) Ja, Herr Lieber, zu diesen Bundesgenossen gratulire ich Ihnen von Herzen. Wir sind auch nicht zu arm, diese Lasten zu tragen. Unsere Besteuerung steht noch auf demselben Prozentsatz wie seit dreißig Jahren. Zwar sind die Kommunalsteuern gewachsen, aber sie tragen gewissermaßen den Charakter von Meliorationen. Ist es denn wahr, daß unsere Wohlhabenheit zurückgegangen ist? Geht es nicht dem Arbeiter jetzt viel besser als früher? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Vor der Volksstimmung fürchte ich mich nicht. Man erstaunt mitunter über das Verständnis, das man oft beim einfachen Manne über militärische Dinge findet, und so versteht der gemeine Mann auch sehr genau diese Vorlage. Hinsichtlich der Heranziehung aller Tauglichen ist das Volk wirklich gerechter als Sie meinen. Auch die Schonung des Alters findet viel Verständnis. Schonung der Kraft an rechter Stelle, das ist die wirtschaftliche Seite der Vorlage. Der Reichstag sollte der Führer der Nation sein, er sollte nicht von der Stimmung beherrscht werden, sondern die Stimmung beherrschen. Ich theile die Empfindung, daß sich das Ansehen des Reichstages gemindert hat, und ich theile mich mit Trauer nach der Zeit zurück, wo zum ersten Male der Reichstag zusammenberufen wurde. Ich fürchte mich nicht mehr vor dem Partikularismus, den ich anfangs für eine Gefahr des Reiches hielt, sondern vielmehr vor der Parteierklärung. Den Jüngeren fehlt die Erinnerung an die Noth der alten Zeit. Sie denken nicht daran, daß das Geschick auch zerfallen kann. Ich bleibe in dieser Beziehung nicht ohne Sorge in die Zukunft. Wir müssen zurücktreten zur richtigen politischen Reife. Das ist nicht ein intellektueller, sondern ein moralischer Fortschritt, die Unterordnung des Einzelnen unter die allgemeinen Zwecke. Der Fraktionsdruck aber, der Mangelhaftigkeit hat mit dem Fortschritt auf den Universitäten, verhindert diesen Fortschritt und es giebt kein charakteristischeres Beispiel dafür als das Centrum in seiner ganzen Entwicklung. Hat es doch Abg. Lieber ausgesprochen, daß das ganze Hauptinteresse sich auf die Aufrechterhaltung der Fraktion konzentrierte, mag auch das Reich darüber zu Grunde gehen. Die Bedeutung des Christenthums erkennen die Katholiken nicht allein, auch wir auf protestantischer Seite kennen sie. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Hauptsache, was wir in Deutschland zu pflegen haben, ist Toleranz. (Lachen links. Abg. v. Bollmar: Die Konservativen und Toleranz!) Wir wollen Frieden mit den Katholiken und wir werden auch endlich einmal dazu kommen, daß unsere katholische Bevölkerung mit voller Seele gut deutsch fühlt und denkt. (Große Unruhe im Centrum.) Der Standpunkt sollte man rechts und links verstehen, daß in Deutschland nichts anderes gepflegt wird als das Deutschtum. (Beifall rechts.) Es handelt sich darum, daß Deutschland seine Stellung in Europa behält. Dazu müssen wir Alle mitwirken in einer schweren Zeit, in der große Fragen die Welt bewegen, Fragen, von denen wir hoffen, daß sie gelöst werden können auf dem Wege einer ruhigen Entwicklung. Gegenüber der bürgerlichen, schwarzen und rothen Demokratie (Lachen links) wollen wir diesen Gesichtspunkt aufrecht erhalten. Ich schreibe mit denselben Worten, die gestern ein Redner aussprach: Erst das Vaterland, dann die Partei, dann die Person (Beifall rechts).

Abg. Graf Prehling-Straubing (Ztr.): Der Reichskanzler bedauerte es, daß der frühere Antrag Lieber jetzt meinen Namen trägt. Herr Lieber hat schon auseinandergelegt, daß es deswegen geschehen ist, weil ich zur Zeit des Parteibeschlusses den Vorschlag führte. Der Reichskanzler that so, als „thue es ihm wehe, daß er mich in der Gesellschaft sehe“. Ich mag mich aber von dem Centrum nicht trennen und glaube durch Zugehörigkeit zu demselben dem Vaterlande mehr dienen zu können, als etwa als Mitglied einer süddeutschen Fraktion, deren Gründung in süddeutschen Zeitungen ventiliert wird. Dem deutschen Centrum ist der Reichskanzler insofern dankbar, als es gegen eine bemerkenswerte Erscheinung dieses Jahrhunderts den Kampf aufnimmt. Aber wir sollen neuerdings demokratischer geworden sein. Das ist nicht richtig. Unsere Partei ist weder demokratisch noch aristokratisch; sie hält ausgleichend die Mitte zwischen den beiden Auffassungen, und was die Führerschaft anbelangt, so wächst sie heraus aus den Prinzipien der Partei. Es ist ja wiederholt hervorgehoben worden, daß wir jetzt dreimal so stark seien als 1870. Die deutsche Wählerkraft durchzieht ein Gefühl der Sorge, ein Vorempfinden wirtschaftlicher Umwälzungen und Bedrängnisse, worunter der Einzelne leidet. Unmitten dieser Lage scheinen die fortwährenden europäischen Rüstungen den Satz: „nil novi sub sole“ als irrig zu erweisen. Die Forderungen an die politischen und persönlichen Leistungen werden uferlos, und wer da „Halt!“ ruft, sollte darum kein Patriot sein? Ich werde mich mit meinen Wählern auseinandersetzen und mit ihnen überlegen, was nun zu thun ist. Der Spruch: „Alzeit getreu dem Reich, gilt auch von uns Bayern.“ (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Sornstein (b. l. B.): Trotz der lebhaften Agitation gegen die Militärvorlage in Wort und Schrift erhalte ich andauernd Zuschriften aus den bayerischen Kreisen, welche die Militärvorlage. Diefelbe kommt allen zu gute, die Lasten können auf die leistungsfähigen Schultern vertheilt werden. Die Schweiz trägt 12 Francs pro Kopf für Militärlasten und dazu die Wehrsteuer. Die bayerischen Bauern wissen das sehr gut. Ich habe einen leichten Stand, ich kann nach meiner Ueberzeugung und nach dem Willen meiner Wähler stimmen. Ich bin überzeugt, daß ich von meinen Wählern wiedergewählt werde. Beifall ist die Militärvorlage mit der katholischen Sache verquickt worden. Das sind zwei ganz heterogene Dinge. Ich werde bis zu den letzten Athemzuge treuer Katholik sein. Ich werde aber für den Antrag Suene stimmen, der nach meiner Ueberzeugung alles gewährt, was zur Sicherstellung des Vaterlandes nöthig ist. Wir Bayern stimmen nicht mit den Protestanten aus dem Elsaß. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Münch (b. l. B.) legt die Akten seines Prozesses unter großer Heiterkeit des Hauses auf den Tisch des Hauses nieder, da die Auflösung des Reichstages bevorstehe und er zum

letzten Male sein Mandat ausübe. (Die Mitglieder des Bundesraths verlassen den Sitzungssaal.) Redner, der auf der Tribüne, zumal bei der großen Unruhe im Hause, recht schwer verständlich ist, spricht sich gegen die Vorlage aus, indem er namentlich die Bildung der Halbbataillone bemängelt und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen, während die Kavalleristen fernerhin noch drei Jahre dienen sollen, als eine Ungerechtigkeit beklagt. (Inzwischen sind die Mitglieder des Bundesraths wieder im Saale erschienen.) Der Reichskanzler hat in Frankreich sei nicht so stark, daß man daraufhin immer neue Heeresveränderungen zu stellen berechtigt sei. Er könne ebenso wenig wie der Reichskanzler die Sicherheit des Vaterlandes garantiren. (Weiterlekt. Lebhafter Schlußruf.) Die Vorlage sei auch in technischer Beziehung verfehlt. Wenn die Regierung eine in militärischer und politischer Beziehung annehmbare Militärvorlage eingebracht hätte, dann würde er, Redner, der erste gewesen sein, der dafür stimmte. (Wiederholte Schlußrufe. In der großen Unruhe und dem häufigen stürmischen Gelächter des Hauses geht der größte Theil der Schlussausführungen des Redners verloren.) Bewahren Sie das Testament des großen Kaisers Wilhelm, der zwei Jahre, nachdem er vom Mordmörder getroffen war, dem deutschen arbeitenden Volke die Wohlthat der sozialpolitischen Gesetzgebung verließen hat.

Präsident von Rebeckow verliert darauf, daß ein Vertagungsantrag der Abgeordneten Freiherrn von Stumm, Holzmann und Adersmann (Konf.) und ein Schlußantrag von den Abgg. Fritzen, Retocha und Graf v. Hompesch (Ztr.) eingegangen sei. Bei der Abstimmung wird der Vertagungsantrag abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Richter (dl.): Durch den Schluß der Diskussion bin ich verhindert worden, eine kurze Erklärung abzugeben Namens eines kleinen Theils meiner Freunde.

Abg. Lieber (persönlich): Auch ich bin durch den Schluß der Verhandlung verhindert worden, eine längere Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn v. Hellendorff zu geben. Meine Stellung zur Militärvorlage war von Anfang an die, daß ich sie nicht für hinlänglich begründet gehalten habe, und ich habe immer gesagt, daß, wenn dieser uns vorliegende Gesetzentwurf besser begründet wäre, als er ist, er doch nicht ausreichen würde, um im Interesse des Vaterlandes das aufzuwiegen, was der Fortbestand der Centrumpartei auch im Interesse des Vaterlandes bedeutet.

Abg. Dr. Böckel (Antif., zur Geschäftsordnung): Im Namen der Abg. Zimmermann, Werner und für meine Person erkläre ich, daß wir gegen die Vorlage und gegen den Antrag Suene stimmen werden, und zwar wegen der traurigen wirtschaftlichen Zustände des Volkes.

Abg. v. Hellendorff (persönlich): Herr Lieber hat wiederum gesagt, daß er den Fortbestand der Centrumpartei für wichtiger halte, als eine Militärvorlage, selbst wenn sie notwendig sei.

Abg. Dr. Lieber (persönlich): Wenn wir zu den üblichen Gewohnheiten aus der Kulturkampfszeit zurückkehren, daß unkorrigirte und unkontrollirte Zeitungsartikel hier angeführt werden, statt daß wir den Worten Glauben schenken, die wir unter einander aussprechen, dann hört jede anständige Auseinandersetzung auf. (Zustimmung im Centrum. Widerspruch rechts.) Es gebührt dem Abg. v. Hellendorff das Verdienst, die alte Gewohnheit aus dem Kulturkampf wieder aufgeführt zu haben. (Zustimmung im Centrum.)

Abg. Videnbach (Antif., zur Geschäftsordnung): Im Namen meiner politischen Freunde (Große Heiterkeit) habe ich zu erklären, daß wir für den Antrag Suene stimmen werden, ohne damit die Steuervorlagen, die zur Deckung für die Heeresaufgaben vorgeschlagen sind, gutzuheißen. Wir werden dafür andere Steuervorschläge machen. (Weiterlekt.)

Abg. v. Hellendorff legt das Blatt, aus dem er die Lieberschen Aeußerungen zitiert hat, auf den Tisch des Hauses nieder.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.): Ich erkläre für meine Person, daß ich durch den Schluß der Debatte verhindert worden bin zu begründen, warum ich für die Militärvorlage stimme.

Abg. Prinz von Schönau-Carolath (b. l. B.): Nach dem vollkommen unerwarteten Schluß der Debatte (Widerpruch) — vollkommen unerwarteten Schluß, wie ich wiederhole, den die Mehrheit beliebt hat, bin ich außer Stande, einen Antrag einzubringen, der sich im Druck befindet. Ich frage den Präsidenten, ob auf die Einzelberatung der folgenden Artikel nach Abstimmung über § 1 Werth gelegt wird, und ob der Reichskanzler Werth darauf legt, daß wir in die weitere Einzelberatung eintreten. Sonst hätte die Einbringung des Antrags keinen Zweck (der Reichskanzler schüttelt vurnehmend den Kopf).

Präsident v. Rebeckow: Es kann Niemand den Abgeordneten hindern, seinen Antrag einzubringen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich habe keine Veranlassung, auf die Anregung des Abg. v. Schönau-Carolath eine Erklärung abzugeben.

Präsident v. Rebeckow: Nachdem der Reichskanzler das Wort ergriffen hat, ist die Diskussion wieder eröffnet. (Weiterlekt.)

Präsident v. Rebeckow: Das Wort hat der Abg. Videnbach. (Große Heiterkeit.)

Abg. Videnbach (Antif.) betritt die Tribüne und erklärt, auf das Wort verzichten zu wollen. (Beifall.)

Abg. Fritzen (Düsseldorf, Zentr.) beantragt abermals Schluß der Diskussion. Der Antrag wird angenommen.

Referent Abg. Gröber (Zentr.) berichtet über die zu § 1 eingebrachten Petitionen.

Präsident v. Rebeckow erklärt zunächst über das Amendement Wipper, dann über die Regierungsvorlage, alsdann über den Antrag Prehling und schließlich über den Antrag Althaus abstimmen zu lassen.

Abg. Wipper zieht seinen Antrag zurück.

§ 1 der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und einiger Reichsparteiler abgelehnt. Die Abstimmung über § 1 des Antrags Suene ist eine namentliche.

Für den Antrag Suene stimmten 162, dagegen

210 Abgeordnete. Dafür stimmten geschlossen die Deutschkonserverativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Polen, vom Centrum die Abg. Graf Adelmann v. Adelmansfelden, Prinz v. Arenberg, Graf v. Ballestrem, Graf v. Chamade, Dejanicz, v. Gliszczanski, Frhr. v. Guene, Rander, Graf v. Matuschka, Nels, Frhr. v. Pietsch, Frhr. v. Plettenberg, Dr. Porsch, Frhr. v. Reichenstein, von den Freisinnigen die Abg. Broemel, Ginz, Maager, Dr. Meyer, Schröder, Dr. Siemens, von den Antisemiten Althaus, Widenbach und Liebermann von Sonnenberg und die liberalen Abg. Wiser, Röske und Prinz Schönaich-Carolath.

Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, Volkspartei, die Welfen, die Freisinnigen (mit Ausnahme der oben genannten 6 Abgeordneten), das Gros des Centrums (Ausnahmen siehe oben) und die Antisemiten Dr. Böckel, Zimmermann und Werner.

Die anwesenden Elsässer Guerber, Lang, Dr. Simonis, Winterer stimmten mit Nein. Der Elsässer Ruhland enthält sich. Es fehlten von den Freisinnigen die erkrankten Abgeordneten Ebert, Dr. Ruge, Frhr. von Stauffenberg, Stephan sowie Abg. Dr. Baumbach (entschuldig durch die Säcularfeier in Danzig) und Dr. Witte (z. Z. in Chicago), ferner die Abg. Fürst Bismarck, Brandenburg (Str.), Freiherr v. Daltwig-Dichtenfeld (Str.), von Dziembowski (Bole), Fischer (dem Centrum nahe stehend, bei keiner Partei), Gaerle (Volkspartei, wegen schwerer Erkrankung), Lutz (Konserverativ aus Bayern), Dr. North, Dr. Petri (beides nationalliberale Elsässer), von Schalscha (Str.), sowie die Elsässer Dülles, Freiherr von Dietrich, Kuchly, Manges und Neumann.

Unmittelbar nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses, das von der Linken mit großem Beifall, von der Rechten mit Pfusereien und Zischen begleitet wird, nimmt das Wort Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich habe dem Hause eine kaiserliche Botschaft mitzuteilen (die Mitglieder erheben sich von den Plätzen): „Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen, verordnen auf Grund des, nach Art. 24 der Reichsverfassung unter Unserer Zustimmung, vom Bundesrath gefassten Beschlusses was folgt:

Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst! Urkundlich unter Unserer höchstehenden Unterschrift gegeben Berlin, 6. Mai 1893. Wilhelm. Gegengez. Graf v. Caprivi.“ Auf Grund dieser kaiserlichen Verordnung erklären im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident v. Levetzow dankt hierauf dem Hause, sowie den übrigen Kollegen im Präsidium und den Schriftführern für die auch während dieser Session ihm gewährte Unterstützung und Rücksicht für die treue Mitarbeit und hilfreiche Bereitwilligkeit und schließt mit den Worten: Und nun, meine Herren, nach der Gewohnheit des Reichstages, die hoffentlich immer dieselbe bleiben wird, rufen wir: Der Kaiser, der uns berief und erläßt, dem wir mit Leib und Seele, auf Tod und Leben zu dienen haben, Seine Majestät der Kaiser lebe hoch! (Die Mitglieder stimmen dreimal in den Ruf ein.) Die Sitzung ist geschlossen. Schluß 3 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 6. Mai, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend Aufhebung direkter Staatssteuern.

In der Generaldiskussion führt Abg. Bachem (Str.) aus, das Herrenhaus habe das Wahlgesetz in einer Weise umgeändert, daß seine Partei ihre Zustimmung dazu nicht geben könne. Seine Partei mache ihre Zustimmung zu den Steuergesetzen nach wie vor von einer befriedigenden Lösung des Wahlgesetzes abhängig.

Graf Limburg Stirum (kons.) macht ebenfalls die Zustimmung zu den Steuergesetzen von einer für seine Partei annehmbaren Lösung der Wahlgesetzfrage abhängig.

Abg. Bachem (Str.) spricht die Hoffnung aus, daß die konservativ Partei in ihrer Stellungnahme zu den Steuergesetzen seiner Partei in einer Weise entgegenkommen werde, daß eine befriedigende Lösung der Frage ermöglicht wird.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (kons.) erklärt, daß seine Partei sich nicht an die Beschlüsse der Centrumsfraktion binden werde. Damit ist die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1-6 unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

§ 7, der die auf die Aufbewahrung der Kopien der Kataster-Dokumente bezüglichen Bestimmungen im Geltungsbereich des rheinischen Rechts vom 20. Mai 1885 auf die übrigen Theile der Rheinprovinz und auf die Provinz Westfalen ausdehnen will, bitten die Abg. Humann (Str.), v. d. Ned (freik.), v. Bilgrim (freik.), Frhr. v. Heereman (Str.) zu streichen, da im Rheinland und in Westfalen große Aufregung über die beabsichtigte Ausdehnung jener Bestimmung herrsche. § 7 wird gegen die Stimmen des Centrums, der Freikonserverativen und eines Theiles der Nationalliberalen beibehalten.

Die §§ 8-15 werden unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Zu § 18, der von der Rückzahlung der Grundsteuerentschädigungen handelt, liegen zwei Anträge vor. Erstens der Antrag Althaus (frk.) und Genossen, den § 18 folgendermaßen zu fassen: Die auf Grund der §§ 1-4 und 7 des Grundsteuer-Entschädigungsgesetzes vom 21. Mai 1861 und der §§ 1 und 15 des Gesetzes vom 11. Februar 1870 für die Aufhebung von Grundsteuerbefreiungen und Grundsteuerbefreiungen geleisteten Entschädigungen werden nicht zurückgezahlt.

Abg. Dr. Sattler (nll.) bittet, beide Anträge abzulehnen. Finanzminister Dr. Miquel bittet, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Darauf wird der Antrag Bülow durch Auszählung mit 125 gegen 117 Stimmen und § 18 unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Vor der Schlussabstimmung über das Gesetz stellt Abg. Frhr. v. Heereman den Antrag, diese bis zur endgültigen Entscheidung über das Wahlgesetz auszuweisen.

Es wird der Antrag Heereman gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Freisinnigen angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Ergänzungsteuergesetzes.

Die §§ 1-3 werden ohne Debatte angenommen.

§ 4, der in seinem zweiten Absatz bestimmt, daß von der Besteuerung die in anderen deutschen Bundesstaaten oder in einem deutschen Schutzgebiet belegenen Grundstücke und das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines stehenden Gewerbes in anderen deutschen Bundesstaaten oder in einem deutschen Schutzgebiete dienende Anlage- oder Betriebskapital ausgenommen sein sollen, wird nach längerer Debatte in der Fassung der Regierungsvorlage wiederhergestellt.

Den § 12, nach welchem Werthpapiere nach ihrem Verkaufswerte zu veranschlagen sind, beantragen Frhr. v. Bieditz und Dr. Krause in seinem zweiten Absatz folgendermaßen zu fassen: „Im Uebrigen sind Werthpapiere, wenn dieselben in Deutschland einen Börsenkurs haben, nach diesem, anderenfalls nach ihrem Verkaufswerte zu veranschlagen.“ Der Antrag wird nach kurzer Beratung angenommen.

Dem § 15, der noch nicht fällige Ansprüche auf Lebensversicherungen mit $\frac{1}{2}$ der Summe der eingezahlten Prämien besteuert, beantragt Abg. Engels (freik.) folgende Fassung zu geben: „Ansprüche aus Kapital- und Rentenversicherungen kommen, soweit sie von dem Erleben eines im Voraus bestimmten Zeitpunktes abhängen, mit $\frac{1}{2}$ der Summe in Anrechnung.“ Der Antrag Engels wird abgelehnt.

§ 17 bestimmt in seinem ersten Absatz, daß Personen, deren steuerbares Vermögen den Gesamtwert von 6000 M. übersteigt, von der Ergänzungssteuer fernbleiben. Abg. Dr. Würmeling (Centr.) stellt hierzu den Antrag, statt 6000 M. 10 000 M. zu setzen. Nachdem Abg. Würmeling seinen Antrag begründet, erklärt Abg. v. Guene, er werde für den Antrag stimmen, obwohl er sonst keine Lust habe, mit dem Centrum in irgend einer Sache zu stimmen. (Unruhe im Centrum.) Darauf wird der Antrag Würmeling abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Erörterung angenommen.

Entgegen dem Antrage des Abg. Würmeling, auch die Schlussabstimmung über das Vermögenssteuergesetz bis nach Erledigung des Wahlgesetzes zu vertagen, wird die Schlussabstimmung bereits in der nächsten Sitzung am Montag vorgenommen werden. Außerdem steht das Kommunalsteuergesetz zur dritten Lesung. Schluß 4 Uhr.

Nach der Auflösung.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ging uns nach erfolgter Drucklegung unseres Blattes noch folgende Depesche zu:

Berlin, 6. Mai. Die freisinnige Reichstagsfraktion beschloß, die Fusion von 1884 wieder aufzuheben, wodurch die Wiederherstellung der früheren Fortschritts-Partei und der Liberalen Vereinigung angebahnt ist. Anlaß hierzu gab ein Antrag Richter, die Mitglieder der freisinnigen Partei, welche dem Antrage Guene zugestimmt haben, durch ein Tadelvotum zum Austritt aus der Partei zu veranlassen. Der Antrag wurde mit 27 gegen 22 Stimmen angenommen. Vorher war beiderseitig für den Fall der Annahme des Antrages die friedliche Scheidung ausgedrückt worden. Eine Kommission von je 3 Mitgliedern übernimmt die Auseinandersetzung der gemeinsamen Angelegenheiten. Für das Tadelvotum stimmten auch Virchow, Träger, Mundel, dagegen Barth, Hänel, Rickert, Bamberger, Brömel, Ginz.

Die Differenz zwischen dem rechten und dem linken Flügel der freisinnigen Partei bezüglich ihrer Haltung gegenüber der Militärvorlage hat hiernach also zu einer Trennung der Partei geführt, die für die liberale Sache von einschneidendster Bedeutung sein wird. Wir hoffen, daß sie dem Liberalismus nicht zum Unsegen gereichen wird. Bezüglich der Abstimmung der sechs freisinnigen Abgeordneten für den Antrag Guene bemerkt schon am Sonnabend Abend die „Frei. Ztg.“:

Es ist richtig, daß die Abstimmung gegen das Parteiprogramm an sich formell nicht verstößt, aber die Abstimmung bekundet, daß die genannten sechs Herren sich mit den übrigen 60 Mitgliedern der freisinnigen Partei nicht in derjenigen Einheit der politischen Denkart befinden, auf der die Berechtigung und der Einfluß parlamentarischer Parteien beruht. Wir achten und ehren auch die uns entgegenstehende politische Überzeugung unserer bisherigen Fraktionsgenossen, aber eine engere parlamentarische Gemeinschaft mit denselben ist fernerhin durchaus unmöglich. Mit der Auflösung des Reichstages find auch die Fraktionen desselben aufgelöst worden. Es könnte also zunächst nur die Wiederwahl der genannten in Frage kommen. Dem Vernehmen nach verzichten die Herren Brömel, Maager, Alexander Meyer, Siemens und Schröder darauf, sich um eine neue Kandidatur zu bewerben. Soweit wir unterrichtet sind, ist auch die Aufstellung eines der genannten sechs Herren von freisinniger Seite in keinem Wahlkreise beabsichtigt. Wäre solches der Fall und käme es selbst zur Wiederwahl, so würde ein ersprießliches parlamentarisches Zusammenwirken mit den genannten Herren nach der Neuwahl unmöglich sein. Aber auch für den Wahlkampf selbst darf die freisinnige Partei nirgends einen Zweifel bestehen lassen, daß der Antrag Guene zwischen ihr und den bisherigen sechs Fraktionsgenossen das Tischtuch zerschnitten hat, unbeschadet der persönlichen Achtung und der freundschaftlichen privaten Beziehungen, welche ein langjähriges politisches Zusammenwirken auch in einem solchen Falle fortbestehen läßt.

Unterem gestrigen Datum schreibt uns ferner noch unser Berliner Korrespondent:

Ein erstes und großes Opfer hat die Reichstagsauflösung schon gekostet: Die freisinnige Partei existiert nicht mehr. Gestern Abend hat sie sich offiziell gespalten. Die Sitzung, in der dies denkwürdige Ereignis vor sich ging, bildet so das Ende einer Parteigeschichte, an deren Anfang die berühmte Sitzung vom Frühjahr 1884 steht, die Sitzung der vereinigten Fortschrittspartei und der Sezessionisten, die am nächsten Morgen die Welt mit der Gründung der freisinnigen Partei überraschten. Genau hundert Mann stark trat vor neun Jahren die freisinnige Partei ins Leben, dezimiert war sie aus den Septennatswahlen von 1887 hervorgegangen, 60 bis 70 Mann brachte sie aus den Wahlen von 1890 zusammen, und heute sind nur noch Trümmer von ihr vorhanden. Die ehemalige Fortschrittspartei und die ehemaligen Sezessionisten stehen wieder, „getrennt marschierend, vereint schlagend“, wie die holde Phrase ja zu lauten pflegt, einander gegenüber. Mancher von der alten Fortschrittspartei freilich wird fortan in den Reihen der Sezessionisten von einstmals zu finden sein, so Hänel, der es als Befreiung empfinden mag, daß langjährige Reibungen endlich jetzt ihr unvermeidliches Ende erreicht haben. Noch ist es nicht an der Zeit, die Kullissen der Spaltung der Freisinnigen zu schreiben. Die Tragik dieser Gegensätze ist verschärft worden durch das Bewußtsein der engeren Gemeinschaft in sonstigen grundlegenden Fragen des nationalen und politischen Lebens. Persönliche Freundschaft und Hochachtung haben sich hundertfältig zwischen die heftigen sachlichen Differenzen geschoben, bis zuletzt Fehler und Irrthümer, Eigen-

sinn und klar erkannte Nothwendigkeiten zusammenwirkten, um das Unvermeidliche Wahrheit werden zu lassen.

Darüber sind sich ja wohl beide Gruppen einig: den Vortheil von der Spaltung hat zunächst die Regierung. Aber die Einsicht in dies Selbstverständliche hat trotzdem nicht verhindern können, daß die Trennung besiegelt wurde. Nach den äußeren Umständen zu urtheilen, hat der alte Fortschrittsflügel unter Richters Führung einen taktischen Vorsprung vor der ausgetretenen Minderheit; die Richtersche Mehrheit behält den Namen der Partei bei, verfügt über die bisherige Organisation, stellt, obwohl um mindestens zwei Duzend Mitglieder verringert, immer noch die Partei als solche dar. Die Ausgetretenen haben bisher nicht einmal einen Namen, entbehren aller Organisation und werden wie vereinzelte Pfeile statt eines geschlossenen Pfeilbündels in den Wahlkampf ziehen müssen. Sie werden, Jeder für sich, ihr Glück bei den Wählern zu versuchen haben, ohne die tragende Unterstützung eines größeren Parteiverbandes. Da nun aber gleichzeitig die Freisinnigen des linken Flügels in denselben Wahlkreisen Kandidaten aufstellen werden, so hat man mit der Möglichkeit zu rechnen, daß mehr als einer dieser bisher freisinnig vertretenen Wahlkreise verloren gehen wird.

Ueber die parallelen Auseinandersetzungen in der Centrumspartei kann man noch nicht so klar urtheilen. Der Verlauf wird vermuthlich darum ein etwas anderer sein, weil die Herren v. Guene, Graf Ballestrem, Frhr. v. Reichenstein u. ein viel zu enges persönliches Verhältnis zu ihren Wählern haben, als daß sie durch die liberale Richtung so ohne Weiteres verdrängt werden könnten. Andere wieder, wie Porsch, werden dem vereinigten Ansturm des linken freisinnigen Flügels und der Sozialdemokratie unterliegen müssen. Ob der Guenesche Flügel wieder zur Centrumsfraktion des neuen Reichstages treten wird oder ob er überhaupt wird zugelassen werden, das möchten wir verneinen. Sind die Gegensätze schon vorher schroff genug gewesen, so wird die Wuth des Wahlkampfes sie noch bedeutend verstärken.

Zur Beurtheilung der Aussichten für die Konservativen und die Nationalliberalen gehört es mit, daß das Kartell von 1887 aufgehoben ist, zwar niemals ganz ausdrücklich, aber doch thatsächlich. Die Parteien werden sich in allen bedrohten Wahlkreisen trotzdem unterstützen; immerhin werden aus dem Fehlen einer bindenden Abmachung mancherlei Schwierigkeiten und Verlegenheiten für beide Richtungen erwachsen, und es wird mehr als einen Wahlkreis geben, wo auch sie sich bekämpfen werden, vor allem, weil die Konservativen die Antisemiten von ihren Rockschößen nicht losbekommen werden.

lokales.

Posen, 8. Mai.

p. Der Wahlkampf beginnt bereits seinen Schatten vorauszuwerfen. In einer Destillation am Alten Markt kam es gestern schon zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und polnischen Arbeitern, der mit dem Hinauswerfen der ersten endigte. Zwei angeblich von Berlin hergekommene sozialistische Agitatoren wollten nämlich an die Gäste Ansprachen halten, welche indessen bei der Mehrzahl lebhaften Widerspruch fanden. Bei der sich dann entzündenden Schlägerei wurden, wie schon erwähnt, die beiden Herren mit ihrem Gefolge an die Luft befördert.

p. Mangelhafte Straßenbeleuchtung. In der Breitenstraße herrichte am Sonnabend Abend eine derartige Dunkelheit, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet wurde. Auf polizeiliche Veranlassung wurden daher vier Straßenlaternen angezündet.

p. Aus Jerich. Das Grundstück Prinzenstraße Nr. 5 ist kürzlich von einem Kaufmann Giese aus Wronowitz angekauft worden. Derselbe will die alten Gebäude abbrechen und einen großen Neubau aufführen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 6. Mai. In der am 4. d. M. abgehaltenen Sitzung des Bundesraths wurde die Zustimmung erteilt, dem Antrage der Ausschüsse für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Rechnungswesen, betr. Einrichtung und Unterhaltung von Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien, dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 41 der Kontursordnung und dem Antrage des Reichskanzlers, betr. die Festsetzung eines Mittelwerts für die österreichische Krone zum Zweck der Berechnung von Stempelabgaben. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: der Gesetzentwurf, betr. die Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene behufs Gleichstellung mit denen des Krieges von 1870/71, die Vorlage, betr. den Handels- und Zollvertrag mit Serbien, betr. das Uebereinkommen mit Serbien über den gegenseitigen Mißer- und Markenschutz und der Antrag des Reichskanzlers wegen Abänderung des Statuts für das kaiserliche archäologische Institut.

Danzig, 7. Mai. Anlässlich der heutigen Säcularfeier des Anschlusses der Stadt Danzig an die preussische Monarchie fand gestern Abend großer Zapfenstreich der Garnison und eine Musikaufführung des Danziger Männer-Gesangsvereins statt, bei welcher ein von Trojan verfasster und von Ksielnicki komponirter, der Stadt gewidmeter Festhymnus zum Vortrag gelangte. Am heutigen Festtage wurden in der Frühe vom Rathhausthurm aus Choralen geblasen, während die Garnison den Tag durch eine große Revue einleitete. Die Stadt ist mit Klagen auf das Reichste geschwändert. Die Straßen sind von dichten Menschenmassen belebt. Dem Festgottesdienste im Mariendome wohnten die Spitzen aller Behörden in großer Gala, sowie die Vertreter der Stadt in corpore bei. In der Garnisonkirche fand ebenfalls Festgottesdienst statt, im Rathhausbau ein Festakt. An den Kaiser wurde folgendes Telegramm abgeandt: „Ew. Majestät erneuern die zur Säcularfeier des Anschlusses der Stadt Danzig an die preussische Monarchie versammelten Vertreter der Stadt in ehrfurchtsvoller Ergebenheit ganz unterthänigst das Gebührende umwandelbarer Treue.“ Die Offizierskorps des Grenadier-Regiments Königs Friedrich I. (4. Ostpreussisches) Nr. 5 und des 1. Leib-Gularen-Regiments Nr. 1 statten ihre Glückwünsche an die Garnison ab und überreichten Festgaben zum Schmuck des Magistrats-Sitzungs-Saales. Der Oberbürgermeister Dr. Baumbach erwiderte die Ansprachen auf das Herzlichste und schloß mit einem enthusiastisch aufgenommenen Hoch auf den Kaiser. Seitens der Städte Thorn, Graudenz, Elbing, Kulm und Altona gingen Glückwunschtelegramme ein; dasjenige von Thorn wurde

Sofort mit Festgrößen erwidert. Mittags fand der Festzug der Gewerke und Gilden statt, für den Nachmittag ist ein Volksfest in Aussicht genommen. Für den Abend ein Festbankett. Das Wetter ist kühl und trübe.

Gené, 7. Mai. Heute Mittag fand die Enthüllung des Denkmals des Kaisers Wilhelm I. statt. Um 1 1/2 Uhr begaben sich die Behörden und Ehrengäste, eine Deputation des Offizierkorps des Landwehrbesatzes Oberlahnstein, sämtliche hiesigen Vereine sowie Deputationen auswärtiger Kriegervereine, die Bürgerwehr und die Kurgäste in feierlichem Zuge durch die prächtig geschmückte Stadt zum Denkmal. Nachdem ein Sängerkor die Kaiserhymne vorgelesen hatte, hielt der Oberpräsident Magdeburg die Welcherede, welche mit einem Hoch auf den Kaiser endete. Darauf fiel unter Hülfschüssen die Hülle des Denkmals, und die Versammlung sang die Nationalhymne. Bürgermeister Spangenberg übernahm das Denkmal im Namen der Stadt. Mit Abkündigung der „Wacht am Rhein“ schloß der Festakt.

Hamburg, 6. Mai. Gegen 8 Uhr Abends brach in der Kupferhütte von Ertel, Vleber u. Comp., Kleiner Grasbrook, ein Feuer aus, welches erst nach 3 Stunden durch 3 Züge der Feuerwehrr und mehrere Schiffspritzen bewältigt wurde. Der Schaden ist bedeutend; das Erzeugnis und das Mühlenwerk sind zerstört.

Petersburg, 6. Mai. Bei der Petersburger Diskontobank wurde eine durch einen Kassendiebstahl ausgeführte Unterschlagung von 100 000 Rubel entdeckt. Der Kassendiebstahl steht im Dienste des Barons Steglitz, welcher für den Schaden aufkommt.

Paris, 6. Mai. Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit der Aufstellung des Budgets für das Jahr 1894. Nach dem Vorschlag übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 131 Millionen, von denen 77 auf die Steigerung der Zinsgarantie für die Eisenbahnen entfallen. Das Defizit soll zum größten Theile durch Ersparnisse, durch die außerordentlichen Einnahmen und durch eine Umwidmung der Schulden und der Kasse der Zinsbahnen gedeckt werden; es würde also noch ein Fehlbetrag von etwa 10 Millionen verbleiben, dessen Deckung ebenfalls durch Ersparnisse erfolgen soll.

Die Deputiertenkammer beriet die verschiedenen Anträge betreffend den Aufenthalt der Fremden in Frankreich und den Schutz der nationalen Arbeit. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Auswärtigen Develle, die internationalen Abmachungen gestatteten nicht, eine besondere Steuer oder irgend eine besondere Abgabe von den Ausländern zu erheben. Die Regierung würde, wenn man die Vorschläge auf Erhöhung einer Fremdensteuer aufhebe, die Anträge annehmen, dieselben würden allerdings dann nur einfache Polizeigesetze sein. Der Sozialist Jourde beantragte ein Amendement, nach welchem den Unternehmern von Arbeiten für den Staat, die Departements oder Gemeinden unterstellt wird, ausländische Arbeiter anzustellen; anderen Arbeitgebern soll unterstellt werden, auswärtige Arbeiter zu einem niedrigeren als dem für französische Arbeiter üblichen Lohne anzunehmen. Das Amendement wurde abgelehnt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Gesetzentwurf angenommen, nach welchem die sich in Frankreich aufhaltenden Ausländer verpflichtet sein sollen, sich bei Selbstbehauptung einschreiben zu lassen. Die Kammer lebte sodann mit 378 gegen 116 Stimmen das Amendement ab, nach welchem die Unternehmer verpflichtet sein sollen, für die von ihnen beschäftigten fremdländischen Arbeiter eine Tage zu zahlen. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigen einige Deputierte einen Antrag auf Auflösung der Kammer einzubringen; es heißt die Regierung würde dem Antrage, falls er angenommen werde, zustimmen.

Wie mehrere Blätter zu berichten wissen, ginge der Plan von einer baldigen Auflösung der Kammer und von der Festsetzung der Neuwahlen für Mitte Juni vom Ministerrat selbst aus und wäre es der Präsident Carnot selber, der dem Projekt vollständig zustimme. Maßgebend dafür sei die Besorgnis, daß im Falle eines Kabinettssturzes Constant der einzige mögliche Ministerpräsident sei. Man wolle im Elysee eine solche Eventualität durch Auflösung der Kammer vermeiden.

Paris, 7. Mai. Eine heute erschienene Broschüre macht in lebhafter Weise Propaganda zu Gunsten der Kandidatur des Generals Sauffier für die Präsidentschaft der Republik. Die Flugschrift findet angelegentlich Verbreitung in der Provinz. General Sauffier soll der Veröffentlichung fern stehen.

London, 7. Mai. Wie eine Depesche aus Dublin meldet, fand gestern Abend in der Nähe des Justizpalastes eine Dynamitexplosion statt. Der durch die Explosion verursachte Knall wurde in allen Theilen der Stadt gehört. Fensterscheiben waren zertrümmert, das Straßenpflaster weithin aufgerissen. Verletzt wurde Niemand. Es wird darauf hingewiesen, daß gestern der Jahrestag der im Phoenix-Park vollführten Attentate war.

Im Hyde-Park zu London fand eine zweifache Kundgebung zu Gunsten des Achtstundentages statt. Der Zug, welcher sich am Thème-Quai ordnete, begab sich von dort nach dem Park. Der Zug bestand aus den Arbeitervereinen, welche mit ihren Fahnen und Musik an der Spitze erschienen waren; im Zuge wurden nur ein oder zwei rote Fahnen bemerkt. Die Theilnehmer an der Kundgebung scharten sich in Gruppen um 24 Wagen, welche als Rednertribünen dienten. Unter den Rednern befanden sich mehrere Parlamentsmitglieder, Sozialistenführer und Arbeiter. Schließlich wurde unter lebhafter Zustimmung eine Resolution zu Gunsten des Achtstundentages angenommen. Die Zahl der Theilnehmer an der Kundgebung, welche in völliger Ruhe verlief, wird auf etwa 60 Tausend geschätzt.

London, 7. Mai. Meldungen aus dem brasilianischen Staat Rio Grande berichten von einem Gefecht, das am 3. d. M. dort stattgefunden habe, dessen Ausgang aber offenbar unentschieden sei, da beide kämpfenden Theile den Sieg für sich in Anspruch nehmen.

Christiania, 6. Mai. In der heutigen Sitzung des Stortings wurde nach zweitägiger Debatte ein Vertrauensvotum für das bisherige Ministerium der Linken, Steen, mit 64 gegen 50 Stimmen, und ein Tadelvotum gegen das neuernannte Ministerium der Rechten, Stang, mit 63 gegen 51 Stimmen angenommen. Die Minorität bei der letzten Abstimmung bestand aus der Rechten, den Moderaten und einem Mitgliede der Linken.

Rom, 6. Mai. Der preussische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, von Bülow, überreichte im Auftrage der Kaiserin Auguste Viktoria dem Direktor der Vatikanischen Bibliothek, Vater Cozzani, welcher die Kaiserin bei dem Besuch der Bibliothek begleitet hatte, einen reich ausgestatteten Ring. Der Ring ist mit 24 großen Brillanten und mit kleineren Rubinen besetzt, welche den Namenszug der Kaiserin bilden.

Der Erzbischof von Posen und Gnesen, Dr. v. Stasiewski, ist hier eingetroffen.

Glasgow, 8. Mai. Gestern fand hier eine Mäßeier statt, woran sich etwa 20 000 Manifestanten beteiligten; vier

Rednertribünen waren errichtet, von denen anarchistisch-sozialistische Reden gehalten wurden zu Gunsten der Gleichheit und Brüderlichkeit, sowie für den Achtstundentag. Unter den Rednern befanden sich auch Deutsche und Franzosen. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Northampton, 8. Mai. Bei der gestrigen Kundgebung beteiligten sich etwa 10 000 Manifestanten, worunter sich viele streikende Maurer befanden. Sie durchzogen die Straßen; die Ordnung wurde aufrechterhalten.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad
6. Nachm. 2	758,2	N stark	bedeckt	+ 4,2
6. Abends 9	755,1	N stark	bedeckt	+ 5,7
7. Morgs. 7	760,2	O stürmisch	better	+ 4,2
7. Nachm. 2	761,2	NO stürmisch	bedeckt	+ 9,3
7. Abends 9	760,5	NO mäßig	bedeckt	+ 10,0
8. Morgs. 7	761,6	O frisch	bedeckt	+ 10,5

¹⁾ Von 12 1/2 Uhr an Regen. ²⁾ Von 1 Uhr bis 4 Uhr schwacher Regen, Abends starker Regen.

Am 6. Mai Wärme-Maximum + 6,3° Cels.
Am 6. „ Wärme-Minimum + 0,3° „
Am 7. „ Wärme-Maximum + 10,1° „
Am 7. „ Wärme-Minimum + 2,0° „

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 6. Mai. (Schlußkurse.) Sich befestigend. Neue 4proz. Reichsanleihe 87,10, 3 1/2proz. „-Brandr. 98,60, Konj. 100, 22,25, Tür. 100, 22,25, 4proz. ung. Goldrente 96,00, Bresl. Diskontobank 103,50, Breslauer Wechselbank 100,15, Kreditaktien 175,25, Schle. Bankverein 1/6 80, Donnersmühl 91,00, Hübner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Güterbetrieb 118,00, Oberschles. Eisenbahn 48,25, Oberschles. Portland-Zement 75,00, Schle. Zement 123,25, Doppel. Zement 89,85, Schl. D. Zement —, Kramm 134,00, Schle. Zinkaktien 187,00, Laurahütte 101,25, Beretn. Delfabr. 90,00, Oesterreich. Banknoten 166,25, Russ. Banknoten 212,30, Stiefel Zement 75,00, 4proz. Ungarische Kronenrente 92,80, Breslauer elektrische Straßenbahn 114,25.

Frankfurt a. M., 6. Mai. (Schlußkurse.) Reservirt. Lond. Wechsel 20,457, 3proz. Reichsanleihe 86,85, österr. Silberrente 81,00, 4 1/2proz. Papierrente 81,70, do. 4proz. Goldrente 97,70, 1860er Loose 127,80, 4proz. ung. Goldrente 95,80, Italiener 92,30, 1880er Russen —, 3. Orientanl. 68,70, unifiz. Ägypter 102,20, lomb. Türken —, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 22,60, 5proz. serb. Rente 79,10, 5proz. amort. Rumänier 98,60, 6proz. Konj. Mexik. —, Böhm. Wechsel 314, Böhm. Nordb. —, Franzosen —, Galizier —, Gottthardbahn 160,80, Lombarden 87 1/2, Lübeck-Büchen 140,40, Nordwestbahn —, Oest. Kreditaktien 279 1/2, Darmstädter 138,20, Mittelb. Kredit 99,50, Reichsb. 150,40, Disk. Kommandit 184,40, Dresdner Bank 144,60, Pariser Wechsel 81,266, Wiener Wechsel 166,15, serbische Tabakrente 79,30, Bochum. Gußstahl 121,00, Dortmund. Union 57,00, Spener Veramerl 124,60, Siberia 107,00, 4proz. Spanier 66,00, Ratnager 111,70, Berliner Handelsgesellschaft 141,60, 4proz. ungar. Kronenrente 92,70, Privatdiskont 2 1/2.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 278 1/2, Disk. Kommandit 184,90, Bochumer —.

Wien, 6. Mai. (Schlußkurse.) Nach anfänglicher Flaubeit in Folge exekutiver Abgaben, namentlich in Lombarden, befestigten Berliner Berichte. Schluß ruhig. Oesterr. 4 1/2proz. Papierre. 98,22 1/2, do. 5proz. —, do. Silber. 97,95, do. Goldrente 117,35, 4proz. ung. Goldrente 115,25, 5proz. do. Papierre. —, Lombardent. 255,00, österr. Kreditakt. 836,25, ungar. Kreditaktien 390,50, Wien. St.-B. 121,80, Elbthalbahn 238,25, Galizier —, Lemberg-Gernowiz 257,50, Lombarden 103,75, Nordwestbahn 216,00, Tabakrent. 181,50, Napoleons 9,76 1/2, Marktnoten 60,10, Russ. Banknoten 1,27 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulg. garische Anleihe 112,75.

Oesterr. Kronenrente 96,65, Ung. Kronenrente 94,60.

London, 6. Mai. (Schlußkurse.) Ruhig. Engl. 2 1/2proz. Konj. 98 1/2, Preuß. 4proz. Konj. 1/6, Italien. 5proz. Rente 92 1/2, Lombarden 9 1/2, 4proz. 1889 Russen II. Serie 99, lomb. Türken 22, österr. Silber. 81, österr. Goldrente 96, 4proz. ung. Goldrente 95, 4proz. Ägypter 66 1/2, 3 1/2proz. Ägypter 94 1/2, 4proz. unifiz. Ägypter 93 1/2, 4proz. gar. Ägypter —, 4 1/2proz. Tribut-Anl. 99 1/2, 6proz. Mexikaner 81, Ottomobank 13 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 84 1/2, De Beers neue 19 1/2, Privatdiskont 2 1/2, Silber 88 1/2.

Paris, 6. Mai. (Schlußkurse.) Ruhig. 3proz. amort. Rente 97,10, 3proz. Rente 96,92 1/2, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 92,70, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 95,87 1/2, 3. Orient-Anl. 69,50, 4proz. Russen 1889 98,50, 4proz. Ägypter 100,95, lomb. Türken 22,25, Türkenl. 90,00, Lombarden 240,00, do. Priorit. —, Banque Ottomane 598,00, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 392,50, Tab. Ottom. —, Neue 3proz. Rente —, 3proz. Portugiesen 22,97, 3proz. Russen 78,57, Privatdiskont 2 1/2.

Petersburg, 6. Mai. Wechsel auf London 95,85, Russ. II. Orientanl. 102 1/2, do. III. Orientanl. 104, do. Bank für ausw. Handel 289, Petersburger Diskontobank 460, Warschauer Diskontobank —, Petersb. Internat. Bank 460, Russ. 4 1/2proz. Bodenpflanzendirekt. 153 1/2, Gr. Russ. Eisenbahn 247 1/2, Russ. Südwestbahn-Aktien 114.

Rio de Janeiro, 6. Mai. Wechsel auf London 11 1/2.

Produkten-Kurse. Köln, 6. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,25 do. fremder loco 17,75, per Mai 16,40, per Juli —, Roggen hiesiger loco 14,75, fremder loco 16,75, per Mai 14,85, per Novbr. —, Hafer hiesiger loco 15,75, fremder —, Rüböl loco 54,00, per Mai 52,70, per Okt. 54,10. Wetter: Veränderlich.

Bremen, 6. Mai. (Börse = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Tagzollfrei. Niedriger loco 4,90 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 41 1/2, Pf., Upland Middl. middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. Mai 41 Pf., p. Juni 41 1/2, Pf., p. Juli 41 1/2, Pf., per August 41 1/2, Pf., p. Sept. 42 Pf., p. Okt. 42 1/2, Pf. Schmalz. Sehr fest. Schafer — Pf., Wilcox 52 Pf., Choice Groceries — Pf., Armour 52 Pf., Robe u. Brother (buret) — Pf., Fatrbanks 45 Pf., Cudahy 53 1/2.

Spek. Fein loco Short clear middl. 55 1/2.

Tabak. Umfag: 260 Baden St. Fein, 315 Seronen Carmen. 30 Fässer Virgin, 14 Fässer Stengel.

Bremen, 6. Mai. (Kurse des Effekten- und Wasser-Vereins.) 5proz. Nordb. Wollkammerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 177 1/2, 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 120 1/2, bez., Bremer Wollkammerei 306 1/2, Gd.

Hamburg, 6. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 159—161. — Roggen loco fest, mecklenb.

4. Klasse 188. Königl. Preuß. Lotterie

ziehung vom 6. Mai 1893. — 1. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Mammern beigelegt. (Die Gewinne.)

128 268 321 30 32 71 87 (3000) 417 572 (3000) 640 45 71 757 (3000) 58 846 (1500) 59 94 1122 80 227 88 308 420 29 69 517 606 81 700 42 49 815 62 89 2058 86 229 54 74 83 351 61 503 54 70 802 25 34 60 3112 90 267 326 418 587 609 39 71 720 58 4205 28 81 423 82 507 24 46 820 927 57 5135 438 615 742 (500) 924 29 86 6237 318 83 412 (3000) 14 39 524 616 774 881 916 (3000) 7056 92 349 52 87 505 48 619 72 754 80 49 8072 111 34 67 257 72 399 519 607 887 910 9059 92 397 420 44 656 814 50 93

10030 242 78 489 98 537 819 43 905 61 63 98 11194 248 70 75 342 632 77 843 12027 123 (3000) 305 441 594 606 91 751 828 920 76 13015 69 100 271 (500) 312 404 702 819 68 14205 96 309 33 60 429 61 580 642 923 15093 145 263 452 744 16000 20 24 39 54 227 77 97 1100 467 517 623 768 (5000) 829 17143 216 86 426 29 556 61 809 (1500) 14 954 18013 73 271 88 515 62 637 71 731 864 19095 148 275 303 16 448 66 76 754 811 986

20142 72 334 518 (1500) 37 613 21157 69 287 440 801 98 904 22003 (4000) 149 92 268 360 84 424 538 (500) 625 35 75 915 75 23028 281 311 506 631 712 19 24077 191 305 537 98 604 817 923 25277 381 479 639 91 714 26113 363 65 615 25 54 764 884 95 942 89 27053 110 15 248 387 510 31 816 58 75 28178 406 9 13 88 524 643 47 78 882 913 29001 15 341 436 96 827 911 39 96

30046 176 267 538 (300) 612 776 867 90 (300) 31127 91 228 380 414 (15000) 46 65 652 865 68 903 96 32 28 71 282 71 399 581 641 46 64 66 (300) 720 48 59 882 913 32 33037 139 275 532 691 796 892 (1500) 944 98 34091 180 499 (1500) 722 942 35099 298 301 406 88 727 39 853 36003 78 167 409 25 67 558 616 892 37077 79 189 218 (3000) 69 74 326 426 76 80 84 597 663 80 732 888 33805 12 75 (3000) 462 79 576 797 804 932 68 39012 87 391 496 (75000) 668 842 62 77 87 964 66

40039 139 351 73 436 564 92 732 99 830 66 910 41017 107 30 214 81 316 776 811 51 42075 123 48 206 12 (300) 52 96 506 80 636 727 849 57 90 925 29 67 91 43057 255 339 647 720 93 44068 160 65 (3000) 512 607 10 95 732 72 809 15 45028 74 156 293 308 490 523 55 698 700 843 50 82 907 80 46018 111 65 92 324 448 71 90 (1500) 501 53 98 776 817 60 65 910 91 47047 50 75 85 94 315 93 441 512 799 857 76 48124 82 212 23 671 78 833 56 (1500) 70 49002 5 43 223 316 409 800 (300) 709 963 90

50028 138 63 329 510 37 614 71 711 16 897 925 51481 689 (1500) 721 64 79 (1500) 820 29 912 52046 48 113 300 452 519 27 91 (5000) 607 709 (500) 16 (300) 845 933 (500) 46 (3000) 57 53006 151 541 49 981 54297 310 58 67 450 684 925 (1500) 55132 207 71 337 74 96 417 535 982 (5000) 56007 111 36 244 334 775 810 57057 90 143 200 69 312 547 754 881 934 81 58159 218 354 461 525 41 77 74 49 54 89 856 958 59022 85 279 319 25 81 (10000) 484 550 674 723 904 (1500) 74 82

60013 120 387 413 14 (3000) 565 69 723 857 952 61028 524 739 62038 61 81 203 32 62 726 (300) 801 970 89 63230 54 80 411 48 (300) 517 92 655 61 (300) 93 821 35 64151 97 207 451 58 658 70 65181 427 44 49 53 519 88 739 43 880 (300) 958 66033 42 140 315 (500) 57 (3000) 425 544 59 (500) 695 711 42 50 67035 94 128 36 221 81 452 587 657 729 56 81 863 74 92 68285 323 41 411 32 634 41 87 774 910 63 88 69048 69 85 153 80 272 322 445 78 712 809 36 994

70010 86 183 84 222 26 325 87 89 502 77 618 45 64 72 762 802 3 905 71136 515 25 665 805 39 953 91 72144 60 80 352 98 572 73097 125 499 565 602 709 947 74097 143 66 218 33 (3000) 39 64 99 365 71 510 12 55 (3000) 91 630 44 924 75056 140 224 45 94 404 (300) 43 44 592 767 99 869 929 76013 148 55 361 420 697 817 29 32 77003 220 96 (3000) 338 408 593 621 702 16 37 831 922 75 78107 49 364 945 525 732 (1500) 892 922 72932 502 13 615 723 74 848 908

80110 223 315 27 78 429 47 531 65 721 835 93 81013 190 259 560 631 739 55 992 82075 180 92 227 59 277 600 50 72 964 82 96 82039 161 95 209 90 392 555 81 721 873 75 917 61 84036 (300) 110 209 74 81 305 560 877 936 79 85234 332 66 978 865 935 (10000) 38 86064 (1500) 241 82 319 483 574 682 714 899 87045 55 95 329 410 759 62 88069 94 450 548 66 67 604 974 89000 (1500) 51 156 345 75 410 53 99 807 71 916 85

90131 429 44 (500) 521 (300) 73 82 (1500) 625 50 70 89 776 851 87 950 91009 51 106 276 (500) 303 439 551 696 97 715 25 954 73 92082 239 426 816 63 983 93010 17 35 108 217 18 25 507 63 779

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. DederjuzCo. (A. Köstel) in Wien.